

# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Die Kaiserin in der Wahlagitation.

Eine Geschmädlosigkeit.

In der Wahlagitation der Deutschnationalen spielt der nachfolgende, in Schreibmaschinenschrift vervielfältigte und anscheinend massenweise verschickte Auszug aus einem angeblichen Briefe des früheren Prinzen August Wilhelm von Hohenzollern eine bedeutende Rolle:

„Denken Sie, diese schwache Regierung will die Ueberführung meiner armen Mutter bei Tage verhindern. Gröner sagt, seine Leute würden streiten; Braun erklärt: Alles wird durch Reichswehr abgesperrt, damit die Bevölkerung nicht teilnehmen kann. Weismann sagt: Früher hätte man Viebsnecht und Rosa Luxemburg auch nicht mit allen Ehren beisehen lassen (gelogen, denn Bebel und Singer wurden im Triumph durch den Tiergarten geschleift). Dies muß mündlich schnell verbreitet werden. Bitte, helfen Sie uns dabei, damit in weiten Kreisen diese Schamlosigkeit bald bekannt wird. Ebert erklärt: Sie ist eine preußische Person und geht mich nichts an. Wie es mir als E... dabei ums Herz ist, können Sie... denken. Stets dan... ist Ihr August Wilhelm, Prinz von Preußen.“

Es handelt sich vermutlich um eine Fälschung, um einen für den wahlagitorischen Zweck präparierten Brief, der sich ab Besprechungen anlehnt, die in den letzten Wochen auf Initiative von Vertretern des ehemaligen Kaiserhauses mit der preußischen Regierung gepflogen worden sind, und auf die man, angesichts dieser Art von Wahlagitation, jetzt etwas näher eingehen muß. Als die ersten Nachrichten über den ernsten Zustand der Kaiserin bekannt wurden (eine unmittehbare Lebensgefahr bestand damals noch nicht) wurde vom Hofmarschallamt Wilhelms II. bei der Regierung angefragt, wie sie sich zu einer Leichenfeier in Potsdam stellen würde. Von der preußischen Regierung wurde in den vertraulich geführten Besprechungen erklärt, daß die Beisetzung der Kaiserin eigentlich keine Angelegenheit sei, in die die Regierung sich einzumischen habe; daß man wohl auch in Doorn lediglich den Wunsch hegen dürfte, die ehemalige Kaiserin in heimatlische Erde zu bestatten, aber nicht, die Leichenfeier in Potsdam zu einer monarchistischen Demonstration zu gestalten. Eine solche Demonstration würde wahrscheinlich Gegenstände zur Folge haben, die weder der Regierung noch der Familie erwünscht sein könnten. Es würde sich vielleicht empfehlen, die Ueberführung der Leiche nach Potsdam zur Nachtzeit vorzunehmen und die Leichenfeier selbst in den ersten Vormittagsstunden abzuhalten in würdiger Form, aber doch so, daß der Charakter einer politischen Kundgebung vermieden würde. Die Vertreter des Kaiserhauses schienen geteilter Meinung zu sein. Während der eine der Auffassung der preußischen Regierung beistimmte, machte der andere kein Hehl daraus, daß die Leichenfeier in Potsdam den Monarchisten gerade Gelegenheit geben soll, ihre Anhänglichkeit an das Haus Hohenzollern an den Tag zu legen. Man erwarte, daß die Mitglieder aller ehemals regierenden Häuser an der Beisetzungsteilnehmern würden, die Offizierkorps, die studentischen Korporationen, Abordnungen aus dem ganzen Reich usw. Zu einer bestimmten Vereinbarung zwischen der preußischen Regierung und den Vertretern des Hauses Hohenzollern ist es nicht gekommen, man hört nur, daß alle Vorbereitungen für eine Leichenfeier mit großem Pomp und Massenbeteiligung getroffen werden.

Soviel über diese Besprechungen selbst, von denen der angebliche Brief des Prinzen August Wilhelm eine verzerrte Darstellung gibt. Daß dieser Brief überhaupt verschickt wird, zeugt von einer Geschmädlosigkeit, die man auch durch die Festigkeit des Wahllampfes nicht zu erklären, geschweige denn zu entschuldigen vermag. Gleichgültig, wie man zu der Frage: Monarchie oder Republik steht; im Hause Doorn ringt eine Frau, für deren schweres Leben man nur tiefstes menschliches Mitgefühl haben kann, mit dem Tode. Wenn auch nach dem letzten ärztlichen Bulletin keine Hoffnung auf Genesung besteht — sie lebt doch noch. Eine Partei aber, die das monarchistische Prinzip vertritt, scheint sich nicht, mit einer Gefühllosigkeit ohnegleichen die Lebende zu den Toten zu werfen und mit der Leiche der noch Lebenden, aber lebenden Kaiserin ein wahlpolitisches Geschäft zu machen, das auch nicht sehr empfindsame Gemüter abstoßen muß.

m. r.

## Nervosität der Besatzungsbehörden

Kampf gegen Karnivalswaffen.

Das Militärgericht in Aachen hat den Besitzer eines Kostümverleihgeschäftes, das Waffen, d. h. schwere Wurfspieße, Lanzen, Hellebarben, Feuersteinsinten, darunter auch einige neue Säbel und zwei moderne deutsche Gewehre zum Verleihen im Besitz hatte, obwohl es von den belgischen und deutschen Behörden die Erlaubnis zur Zurückhaltung der Waffen erhalten hatte, zu 6000 Mark Geldstrafe und Einziehung des ganzen Waffenvorrates im Werte von 2 Millionen Mark verurteilt. Der Einspruch des Reichskommissars für das besetzte Gebiet wurde von dem belgischen Oberkommissar zurückgewiesen. Der Besitzer eines Kostümverleihgeschäftes in Biersen wurde sogar zu zwei Monaten Gefängnis

verurteilt. Der Besitzer eines Arefelder Verleihgeschäftes für historische Kostüme, das Koloboden, Kreuzschwert, Degen von 1813 und Säbel aus den siebziger Jahren führte, wurde zu sechs Monaten Gefängnis, 2000 Mark Geldstrafe und Einziehung der Waffen verurteilt.

## Simons' Karlsruher Rede.

Warnung vor „Katastrophen-Politik“.

Aus der Rede, die Reichsminister Simons am 16. Februar in Karlsruhe gehalten hat, seien auf Grund des amtlich vorliegenden Manuskripts noch einige Stellen nachgetragen. Der Minister suchte nachzuweisen, daß durch das Verschulden der Entente und durch die Unmöglichkeit der aufgestellten Forderungen eine konkrete Formulierung der Wiedergutmachungsverpflichtung verhindert worden sei.

Die Lösung, die in London vorgeschlagen werden solle, „kann nur darin bestehen, daß man die ganze Welt an der Sanierung mit beteiligt. Durch unsere Arbeitskraft müssen wir den Geldgebern Sicherheit stellen. Unsere Vorschläge für die Londoner Konferenz müssen innerlich durchdacht und faktisch durchführbar sein. Sie mögen aber so durchdacht und durchführbar sein, wie sie wollen, ich sehe der Londoner Konferenz trotzdem wenig optimistisch entgegen.“

An einer anderen Stelle sagte der Minister: „Wenn man uns jetzt Vorwürfe macht, warum wir nicht früher Vorschläge gemacht haben, so entgegne ich: Ist es nicht Eure Schuld, daß wir keine Ruhe dazu finden? Sorgt Ihr nicht immer wieder durch neue Zwischenfälle dafür, daß wir nicht zur Ruhe kommen können? Ist die oberste Frage nicht ein weiteres Moment, unsere Unsicherheit fortbauern zu lassen? Ihr habt uns den Friedensvertrag diktiert und verlangt noch obendrein, daß wir trotz unserer Unsicherheit mit Ideen kommen. Es ist ein Ehrenzeugnis für uns, daß man von uns immer wieder die Lösung erwartet. Können wir zu Vorschlägen, dann dürfen wir sie nur machen aus unserer Unsicherheit. Wagt heraus.“

Weiter heißt es in der Rede:

„Es hieße Katastrophenpolitik treiben, wenn wir die Pariser Beschlüsse in London anerkennen würden. Denn wir könnten sie nur anerkennen, indem wir doch bestimmt mit unserem Konkurs rechneten, oder wir müßten darauf hoffen, daß über kurz oder lang ein Umsturz, eine Umwandlung der politischen Ordnung in Europa einsetzten würde. Es ist nicht unsere Aufgabe, auf eine von beiden Lösungen vorzubereiten. Wir brauchen Ruhe und Verständnis für unsere Lage. Wir brauchen nicht erst einen neuen Krieg, denn wir haben genug Blut geopfert. Unser Weg kann uns nur durch Ruhe und sachliche Arbeit dahin bringen, daß wir den Ansprüchen der Alliierten gerecht werden können. Auf diesem Weg liegt aber die Ablehnung der Pariser Beschlüsse. Wollen wir ihn gehen, so müssen wir uns klar über die Folgen sein und festhalten an dem, was wir einmal als richtig erkannt haben.“

## Die Ansprüche Rumäniens.

Bularenzeitungen zufolge hat Rumänien durch seinen Vertreter Niculescu bei der „Wiederherstellungskommission“ in Paris Entschädigungsansprüche in einer Gesamthöhe von 31 000 440 182 Goldlei angemeldet. Der Betrag, der von der deutschen Militärverwaltung durch die „Banca Generala“ veranfalteten Banknoten-Emission sowie das Golddepot der „Banca Nationala“ bei der Reichsbank in Berlin sind in dieser Gesamtsumme nicht einbegriffen.

Das Quantum oberösterreichischer Steinkohle, auf welches Rumänien auf Grund des Versailler Friedensvertrages Anspruch erhebt, ist noch nicht endgültig festgestellt. Nach vorläufiger Schätzung sollen die Lieferungen etwa 10 000 Waggons jährlich betragen.

## Republikanische Kundgebung in Belgrad.

Im Verfassungsausschuß der jugoslawischen Nationalversammlung kam es bei der Rede eines montenegrinischen Abgeordneten zu einer großen republikanischen Kundgebung. Dieser hatte erklärt, die Monarchie sei „eine überlebte Angelegenheit“, was schon daraus hervorgehe, daß alle neu entstandenen Staaten die republikanische Staatsform angenommen haben. Der Redner behauptete ferner, daß drei Viertel der in der Konstituante vertretenen Abgeordneten für die Republik seien. „Die Vertreter der kroatischen republikanischen Bauernpartei (Raditsch) haben mir erklärt“, so führte der Abgeordnete aus, „daß sie, wenn der jugoslawische Staat die republikanische Staatsform erhält, keine Einwendung mehr gegen eine zentralistische Verfassung erheben werden.“

## Die Kosten der Friedenskonferenz.

Der Sekretär Wilsons, Cumulsky, teilt mit, daß der Forderung des Unterhausmitgliedes Norman Gould, öffentlichen Bericht über die Ausgaben der Pariser Friedenskonferenz zu erstatten, Folge gegeben werden soll. Gelegentlich der Debatte dürften bemerkenswerte Ziffern zur Sprache kommen. Wilson hat z. B. für vertrauliche Ausgaben 17 534 Dollar aufgewendet, und für Schäden (1), die im Hotel Crillon angerichtet wurden, sind 125 870 Dollar zu bezahlen.

## Benesch' Romfahrt.

Von

Mario Passarge,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

\* Rom, 10. Februar.

Von den Jugoslawen erzählt man, daß sie, bevor sie nach Rapallo gingen, um sich mit den Italienern zu einigen, überlegten, wie man psychologisch richtig die verantwortungsvolle Sendung einleiten sollte: und sie beschlossen, ihre Damen mitzunehmen, weil nämlich ein Italiener einer Dame nichts abschlagen kann. Auch Eduard Benesch ist mit seiner Gattin... an den Verhandlungstisch getreten. Beweis dafür, wie tief die jugoslawisch-tschechoslowakische Uebereinstimmung geht! rufen die Einen; Beweis dafür, wie bange ihm vor dieser Reise war! flüstern die andern.

Wie dem auch sei, der Außenminister aus Prag zeigte sich in den wenigen gehegten Tagen gesellschaftlich vollkommen auf der Höhe. Vom Quirinal zum Vatikan hat er in vier mal vierundzwanzig Stunden erledigt, was zu erledigen war, und dabei auch seiner Gattin Zeit gelassen, die Denkwürdigkeiten Roms zu bewundern. Er geriet sogar in den römischen Karnaval hinein, der dieses Jahr endlich wieder mit den Prunkempfangen und Bällen der Diplomaten und Aristokraten in der ewigen Stadt aufgenommen worden ist, und kam sicherlich aus Gehrad oder Grad laum heraus. In dieser Hast hat man auch vergessen, auf die tschecho-slowakische Gesandtschaft, die sonst das gesamte diplomatische Korps einschließt, des deutschen Botschafters an jenem Abend bei sich sah, einzig die Bulgaren einzuladen. Die Bulgaren haben es übel genommen, und auch die anderen Diplomaten scheinen etwas pikiert gewesen zu sein, da sie verständigerweise nichts unsympathischer finden, als die Schaffung von Präzedenzfällen. Dies und der letzte, regnerische Himmel aber haben allein den Glanz, der um diesen Besuch gewoben wurde, natürlich nicht verwischen können. Und an die Bahn begleitet, wie er an der Bahn empfangen worden war, ist Eduard Benesch nach Neapel weitergereist, von wo aus er sich nach London und Paris begeben wird.

Er ist von allen Seiten bekümmert worden, den Mund aufzutun, aber man kann nicht sagen, daß er sehr rebellig gewesen. Noch in Benedig hatte er einen sehr hübschen Anlauf genommen, indem er einem mißtrauischen Berichterstatter der im Festtrudel abseits stehenden „Idea Nazionale“ verriet, er komme, abgesehen von den wirtschaftlichen Fragen, sich mit Italien über eine gemeinsame Haltung auf der Konferenz von Porto Rose zu unterhalten. Hier in Rom empfing er dann jedoch offiziell nur den politischen Redakteur des offiziellen Stefanibros, der sich die ihm abgegebenen Erklärungen vor der Veröffentlichung von der Consulta korrigieren ließ. Er empfing ihn gleich nach der Ankunft und dann „im Augenblick, da er den Zug bestieg“. In dem ersten Interview sprach er von seinen Absichten und Auffassungen. Diese sind als bekannt vorauszusetzen: kein militärischer Vertrag, sondern ein besseres Defensivbündnis gegen eine Rückkehr der Habsburger und eine kommerzielle Uebereinkunft wegen Austausch von Produkten und wegen Konzessionen in einem der Häfen von Benedig oder Triest zwecks Weiterleitung der tschechischen Ausfuhr. In dem zweiten Interview sprach er von dem Erreichten. Auf diese Erklärung ist natürlich genauestens nach der Bedeutung und Unterbedeutung eines jeden Wortes abgewogen worden und verbient daher als Resultat mitgeteilt zu werden. „Ich bin erfreut, erklären zu können, daß ich die Hauptstadt Italiens verlasse, nachdem ich eine Uebereinstimmung der Ansichten zwischen den Führern der italienischen und denjenigen der Prager Regierung in den Fragen, die beide Länder interessieren, festgestellt habe. Wir haben im Prinzip die Grundlagen für den italienisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag festgelegt, so daß die Kommission, die hier in Rom ihre Arbeiten ausführen wird, zu für beide Länder nützlichen Resultaten gelangen wird.“

Es gibt Leute, die hinter diesen Worten und hinter der übertriebenen diplomatischen Zurückhaltung von Eduard Benesch gegenüber den Journalisten des Landes etwas suchen und so natürlich auch finden. Die Fragestellung dieser Hörgler lautet: Hat Benesch nicht das erreicht, was er wollte, oder hat er alles erreicht und darf es nur nicht sagen, weil die italienische Regierung nicht wünscht, daß man davon spricht? Auch in der Kammer ist man ja nicht rechtlos zufrieden, denn es gibt auch dort Menschen, die darüber Bewußtheit haben wollen, ob Italien verpflichtet ist, falls ein Habsburger zurückkehren oder sich sonst irgendwie an der Donau etwas koalifizieren sollte, dies auf Wunsch der Tschechoslowaken und Jugoslawen als Casus belli anzusehen, eine Frage, auf die eine bestimmte offizielle Auskunft noch aussteht. Endlich kommt gerade jetzt von jenseits der Adria die Nachricht, daß in Jugoslawien der mit dem Abkommen von Rapallo entworfene italienisch-jugoslawische Handelsvertrag eine starke Opposition finde, die darauf bestehe, daß Italien Jugoslawien brauche, und nicht umgekehrt, und daß Jugoslawien daher für seine Konzessionen mehr zu erhalten berechtigt sei, als man ihm versprochen habe. Und hier beginnt das Getriebe der Zahnräder sogar überaus kompliziert zu werden,